

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

25-26022
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Gewaltschutzkonzepte für Geflüchtete in Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.06.2025

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Beantwortung)

25.06.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Geflüchtete Menschen sind in vielen Lebensbereichen besonderen Risiken und Belastungen ausgesetzt – insbesondere in Sammelunterkünften, in denen sie häufig auf engem Raum mit anderen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Biografie und Bedürfnissen leben. Gewalt, Diskriminierung oder sexualisierte Übergriffe sind in solchen Situationen leider keine Einzelfälle. Besonders betroffen sind dabei geflüchtete Frauen, Kinder, LSBTIQ*-Personen und Menschen mit Behinderungen.

Vor diesem Hintergrund hat das Land Niedersachsen im Jahr 2022 ein landesweites Gewaltschutzkonzept für seine Aufnahmeeinrichtungen verabschiedet. Für kommunale Unterkünfte fehlt bisher eine verbindliche Regelung. Es ist daher notwendig, auch auf kommunaler Ebene klare Schutzstandards zu entwickeln und umzusetzen.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Welche konkreten Vorkehrungen zum Schutz vor Gewalt bestehen derzeit in den kommunalen Flüchtlingsunterkünften der Stadt Braunschweig im Hinblick auf besonders schutzbedürftige Gruppen, insbesondere auf geflüchtete Frauen?
2. Inwiefern orientiert sich die Stadt Braunschweig bislang an den Vorgaben des niedersächsischen Landes-Gewaltschutzkonzepts bei der Festlegung bzw. Umsetzung entsprechender Standards in ihren dezentralen Unterkünften?
3. Wie ist der aktuelle Stand innerhalb der Verwaltung bezüglich der Entwicklung eines eigenen kommunalen Gewaltschutzkonzepts für die Flüchtlingsunterbringung in der Stadt Braunschweig?

Anlagen:

keine